Bebauungsplan-Entwurf Nr. 515A

Erste Änderung des Bebauungsplans Nr. 515

„Marienstraße/ Schäferstraße/ Hermannstraße/
Hohe Straße“

**Auswertung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden,
der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Stellen sowie der
Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4
Abs. 2 BauGB**

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
Amprion GmbH Betrieb / Projektierung Leitungen Bestandssicherung Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund	28.05.2015	Im Geltungsbereich der o. a. Bauleitplanung verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor. Diese Stellungnahme betrifft nur die von uns betreuten Anlagen des 220- und 380-kV-Netzes. Ferner gehen wir davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird insgesamt zur Kenntnis genommen. Es ergeben sich keine Änderungen.			
Deutsche Bahn AG DB Immobilien Camberger Str. 10 60327 Frankfurt	26.06.2015	Gegen das o.g. Vorhaben bestehen bei Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen und Hinweise aus Sicht der Deutschen Bahn AG und ihrer Konzernunternehmen keine Bedenken. Planung von Lichtzeichen und Beleuchtungsanlagen Bei Planung von Lichtzeichen und Beleuchtungsanlagen (z.B. Baustellenbeleuchtung, Parkplatzbeleuchtung, Leuchtwerbung aller Art etc.) in der Nähe der Gleise oder von Bahnübergängen etc. hat der Bauherr sicherzustellen, dass Blendungen der Triebfahrzeugführer ausgeschlossen sind und Verfälschungen, Überdeckungen und Vortäuschungen von Signalbildern nicht vorkommen. Oberleitung Die Flächen befinden sich in unmittelbarer Nähe zu unserer Oberleitungsanlage. Wir weisen hiermit ausdrücklich auf die Gefahren durch die 15000 V Spannung der Oberleitung hin und die hiergegen einzuhaltenden einschlägigen Bestimmungen. Dach-, Oberflächen- und sonstige Abwässer Dach-, Oberflächen- und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden. Sie sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation abzuleiten. Einer Versickerung in Gleisnähe kann nicht zugestimmt werden. Bepflanzung von Grundstücken zur Gleisseite Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbesondere Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen. Zu den Mindestpflanzabständen ist die DB Richtlinie (Ril) 882 "Handbuch Landschaftsplanung und Vegetationskontrolle" zu beachten. Soweit von bestehenden	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.			

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
		<p>Anpflanzungen Beeinträchtigungen des Eisenbahnbetriebes und der Verkehrssicherheit ausgehen können, müssen diese entsprechend angepasst oder beseitigt werden. Bei Gefahr in Verzug behält sich die Deutsche Bahn das Recht vor, die Bepflanzung auf Kosten des Eigentümers zurückzuschneiden bzw. zu entfernen. Wir bitten deshalb, entsprechende Neuanpflanzungen in unmittelbarer Bahnnähe von vornherein auszuschließen.</p> <p>Immissionen Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.). Bei Wohnbauplanungen in der Nähe von lärmintensiven Verkehrswegen wird auf die Verpflichtung des kommunalen Planungsträgers hingewiesen, aktive (z.B. Errichtung Schallschutzwände) und passive (z.B. Riegelbebauung) Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und festzusetzen.</p> <p>Funknetzbeeinflussung Da Baumaßnahmen in der Nähe von Bahnanlagen den GSM-R-Funk der DB Netz AG beeinflussen könnten, ist die Funknetzplanung der DB Netz AG zu beteiligen. Wenden Sie sich bitte direkt an die folgende Adresse: Deutsche Bahn AG DB Netz AG I.NPS 213 Herr Rätz Kleyerstr. 25 60326 Frankfurt</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird insgesamt zur Kenntnis genommen. Es ergeben sich keine Änderungen.</p>			
Deutsche Bahn AG DB Netz AG Funknetzplanung Kleyer Straße 25 60326 Frankfurt	14.07.2015	<p>Bezüglich des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 515A "Marienstraße/ Schäferstraße/ Hermannstraße/ Hohe Straße" nehmen wir bezogen auf die GSM-R Versorgung wie folgt Stellung. Im Einzelnen bezieht sich diese Stellungnahme auf die Strecke 3600 Frankfurt (Main) Hbf- Göttingen, W 251, km 9,90- km 10,06. Die für die Versorgung dieses Streckenabschnittes zuständigen GSM-R Sender, 10396 Funkstelle Offenbach RZUE 1, und 22217 Offenbach Ost Abzw. Rodgau stehen bei km 9,690 (Strecke 3600) bzw. km 2,485 (Strecke 3661). Zusätzlich wird dieser Streckenabschnitt</p>				

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
		<p>noch von dem Standort 10392 Mühlheim gemäß des EIRENE-Kriteriums, das über den Erfolg der Streckenabnahme entscheidet, versorgt.</p> <p>Die bei der Abnahmemessung festgestellten Feldstärkewerte liegen im Bereich des Bebauungsplanes an der Strecke 3600 bei ca. -60 dBm und damit deutlich oberhalb des für eine sichere GSM-R Verbindung notwendigen Wertes.</p> <p>Daher ist auf Grund des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 515A nicht mit Beeinträchtigungen des GSM-R Netzes zu rechnen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird insgesamt zur Kenntnis genommen. Es ergeben sich keine Änderungen.</p>			
Deutsche Telekom Technik GmbH Technik Niederlassung Südwest PTI 34 Jahnstr. 54-64 63150 Heusenstamm	06.07.2015	<p>Vom o. a. Bebauungsplan sind wir betroffen. Im Plangebiet befinden sich Telekommunikationsanlagen der Telekom Deutschland GmbH.</p> <p>Das Plangebiet ist telekommunikationstechnisch versorgt. Eine Änderung/ Netzerweiterung erfolgt hier auftragsbezogen und bei neuen Trassen in Abstimmung mit dem Wegebaulasträger.</p> <p>Aktuell sind hier keine Baumaßnahmen geplant.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird insgesamt zur Kenntnis genommen. Es ergeben sich keine Änderungen.</p>			
Fraport AG 60547 Frankfurt	09.06.2015	<p>Gegen die in Rede stehende Planung bestehen hinsichtlich der uneingeschränkten Anfliegbarkeit und der Hindernisfreiheit des Verkehrsflughafens Frankfurt Main keine Bedenken, da das Gebiet sowohl außerhalb der Bauhöhenbeschränkung des Bauschutzbereiches gemäß § 12 LuftVG als auch außerhalb des Hindernisinformationsbereiches (HIB) gemäß § 18b LuftVG liegt.</p> <p>Das Plangebiet liegt hingegen im Lärmschutzbereich, der gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm durch die Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Frankfurt Main vom 30.09.2011 (GVBI 2011, 438) festgesetzt wurde, und zwar innerhalb der Tag-Schutzzone 2, in der Krankenhäuser, Altenheime, Erholungsheime, Schulen, Kindergärten und ähnliche in gleichem Maße schutzbedürftige Einrichtungen nicht errichtet werden dürfen.</p> <p>Das Plangebiet liegt schließlich innerhalb des im Regionalen Flächennutzungsplan vom 17.10.2011 (StAnz 2011, 1311) ausgewiesenen, den Verkehrsflughafen Frankfurt Main umgebenden Siedlungsbeschränkungsgebiets, in dem die Ausweisung neuer Wohnbauflächen</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Diese Informationen sind in der Begründung zum Bebauungsplan, Punkt 3, bereits ausgeführt.</p> <p>Die Stellungnahme wird insgesamt zur Kenntnis genommen.</p>			

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
		und Mischgebiete im Rahmen der Bauleitplanung nicht zulässig ist.	Es ergeben sich keine Änderungen.			
Amt für Umwelt, Energie und Mobilität Berliner Str. 60 63065 Offenbach	26.06.2015	<p>Zusammenfassung: Gegen den Bebauungsplanentwurf bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Die fachlichen Vorgaben und Anforderungen sind jedoch in der weiteren Bearbeitung zu beachten.</p> <p>Untere Naturschutzbehörde/ Artenschutz Wie im Luftbild 2014 zu erkennen ist und in der Begründung zum Bebauungsplan unter Punkt 6. aufgeführt wird, befindet sich im Geltungsbereich ein erheblicher Gehölzbestand. Wir gehen davon aus dass dieser sich seit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 515 im Jahr 1989 weiterentwickelt hat. Eine Bestandsaufnahme liegt uns dazu nicht vor. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verdichtungstendenzen in der Innenstadt wie auch in den innenstadtnahen Bezirken z. B. durch Blockinnenbebauung und Flächenversiegelungen fordern wir die Bewertung des aktuell vorhandenen Gehölzbestandes auf erhaltungswürdige Bäume. Diese sind im B-Plan auch als solche festzusetzen. Zusätzlich fordern wir im Hinblick auf die hohe Bedeutung von Bäumen für den Naturhaushalt und Artenschutz (Verdunstung, Schadstofffilterung, Niederschlagsrückhalt, Abkühlung, Lebensraum u.a.) sowie ihrem Wert für die wohnungsnaher Erholung, zu prüfen, inwieweit Gehölze neu angepflanzt werden können. Grundsätzlich weisen wir in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zulässigkeit von Tiefgaragen im Blockinnenbereich - und zwar bis an die Grundstücksgrenzen - zunehmend dazu führt, dass nicht nur auf dem Grundstück selbst keine dauerhaften Großbäume erhalten werden können, sondern auch, dass angrenzender Gehölzbestand mit beeinträchtigt wird. Hier ist die Festsetzung von nicht mit Tiefgaragen bebaubaren Abstandsflächen erforderlich. Wie die uns vorliegende Klimafunktionskarte Stadt Offenbach am Main (2011, Univ. Kassel, Prof. Dr. Katzschner) zeigt, ist der Bebauungsplan-Geltungsbereich dem Klimatop "Überwärmungsgebiet 1, Zone B" zuzuordnen, beschrieben als dicht bebaut mit wenig Vegeta-</p>				

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
		<p>tion in den Freiräumen. Diese Gebiete weisen thermisch und lufthygienisch hohe Defizite auf, steigender Hitzestress ist zu erwarten. Deshalb wird empfohlen Vegetationsschatten und Fassadenbegrünung zu fördern und Luftleitbahnen zu beachten. Gebiete südlich der Bahnlinie werden nicht mehr von den regionalen Ventilationswinden der Mainau überströmt.</p> <p>Aus Sicht des Klimaschutzes ist daher zu prüfen, in wie weit Flächenversiegelungen auf ein Minimum begrenzt (z.B. nur begrünbare Pflaster), und eine Begrünung von Flächen und Fassaden / Dächern festgesetzt werden kann. Ziel ist die Schaffung eines guten Mikroklimas im Blockinnenbereich, das der lokalen Überwärmungstendenz entgegenwirkt.</p> <p>Immissionsschutz/ Klimaschutz und Energie Der Ausschluss von Vergnügungsstätten bzw. Tankstellen im Geltungsbereich wird sich positiv auf die Lärmsituation auswirken und ist zu begrüßen. Aufgrund der Lage im Siedlungsbeschränkungsgebiet wird der Fluglärm das Plangebiet aber immer beeinträchtigen. Wir regen daher folgende textliche Festsetzung an:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei Bau-/Umbaumaßnahmen im Bestand ist der Schallschutz an den bestehenden Gebäuden gemäß den Vorgaben des § 2 und § 3 der Flugplatzschallschutzmaßnahmenverordnung zu verbessern. • Sensible Nutzungen (wie Altenheime, Schulen, Kita`s) sind im Plangebiet ausgeschlossen. <p>Altlasten, Gewässerschutz und Lagerung wassergefährdender Stoffe Altlasten/ Bodenschutz: Das Ziel des B-Plans ist es, Nutzungen zu regeln und insbesondere Vergnügungsstätten im Geltungsbereich auszuschließen, weil sie eine erhebliche Belästigung darstellen. Da der Geltungsbereich außerdem den Siedlungsbeschränkungen des Fluglärmschutzgesetzes unterliegt, ist nur Bauen im Bestand erlaubt (zur Erhaltung, Instandsetzung von Gebäuden bzw. Neugestaltung von bestehenden Freiflächen). Stadtumbau-Vorhaben mit größeren Erdbewegungen / Aushub- und / oder Entsie-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er führt nicht zu einer Änderung des Bebauungsplans, da die mögliche Dichte der Bebauung nicht verändert wird. (S. Begründung zum Bebauungsplan, Punkt 10) Mit dem Änderungsverfahren soll lediglich die Art der baulichen Nutzung geregelt werden. Die Materie der Begrünung bzw. des Baumbestandes ist nicht Inhalt der Planung. Der Baumbestand ist per Grünschutzsatzung geschützt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Sie führt nicht zu einer Änderung des Bebauungsplanes, da diese Materie bereits vollumfänglich im Fluglärmschutzgesetz geregelt ist und in den einzelnen Baugenehmigungsverfahren geprüft wird.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>			

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
		<p>gelungsmaßnahmen sind deswegen ebenfalls nicht geplant und nicht Gegenstand des B-Plans. Es ist allerdings im Geltungsbereich mit Kampfmitteln zu rechnen. Für die Berücksichtigung der Altlasten / Bodenschutzbelange schlagen wir deswegen die folgenden Festsetzungen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Baumaßnahmen, die mit Erdaushub verbunden sind, ist der Kampfmittelräumdienst einzuschalten. - bei sensorischen Auffälligkeiten des Erdreiches (Geruch bzw. Verfärbungen, bodenatypische Bestandteile) ist das Regierungspräsidium Darmstadt zu verständigen und die weitere Vorgehensweise abzustimmen. - Auffüllungen > 600 m³ müssen für eine Unbedenklichkeitsbescheinigung bei der Unteren Bodenschutzbehörde unter Vorlage prüffähiger Unterlagen angezeigt werden. <p>Gewässerschutz/ Lagerung wassergefährdender Stoffe: Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde bestehen gegen den B-Plan keine Bedenken. Es handelt sich um eine Bestandssituation, die baulich weitgehend unverändert fortbestehen bleibt. Lediglich die Nutzung der Gebäude soll planerisch neu geregelt werden.</p> <p>Fluglärm Die Festsetzungen des Fluglärmschutzgesetzes werden in der Begründung unter Nr. 3 Planungsrechtliche Situation -> Fluglärmschutzgesetz zutreffend behandelt. Bei dem B-Plan-Gebiet handelt es sich um eine seit Jahren baulich weitgehend unveränderte Bestandssituation in der Tag-Schutzzone 2.</p>	<p>Die Ausführungen bzgl. der Belange des Bodenschutzes werden zum Anlass genommen, in den Bebauungsplan textliche Hinweise bzgl. der Mitteilungspflicht gemäß § 4 Abs. 1 Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz aufzunehmen und die Begründung hinsichtlich der vorliegenden Erkenntnisse zur Sanierung des Plangebiets zu ergänzen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird insgesamt zur Kenntnis genommen.</p>		X	X
Regierungspräsidium Darmstadt Wilhelminenstraße 1-3 64283 Darmstadt	25.06.2015	<p>Aus Sicht der Regionalplanung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Es wird angeregt, neben der Beschreibung des Geltungsbereichs auch seine Größe in der Begründung anzugeben.</p> <p>Aus der Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege verweise ich auf die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Offenbach am Main.</p>	Der Anregung der Aufnahme ergänzender Ausführungen in der Begründung wird gefolgt.			X

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
<p>Regierungspräsidium Darmstadt Wilhelminenstraße 1-3 64283 Darmstadt</p>		<p>Seitens der Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt nehme ich wie folgt Stellung: Zu der genannten Bauleitplanung teile ich mit, dass seitens der Abteilung IV/F keine Bedenken geäußert werden.</p> <p>Bergaufsicht Als Datengrundlage für die Stellungnahme wurden folgende Quellen herangezogen: Hinsichtlich der Rohstoffsicherung: Regionalplan Südhessen/ Regionaler Flächennutzungsplan 2010, Rohstoffsicherungskarte (KRS 25) des HLUJ; hinsichtlich der aktuell unter Bergaufsicht stehenden Betriebe: vorliegende und genehmigte Betriebspläne; hinsichtlich des Altbergbaus: bei der Bergaufsicht digital und analog vorliegende Risse, in der Datenbank vorliegende Informationen, Kurzübersichten des ehemaligen Bergamts Weilburg über früheren Bergbau. Die Recherche beruht auf den in Inhaltsverzeichnissen des Aktenplans inventarisierten Beständen von Berechtsams- und Betriebsakten früherer Bergbaubetriebe und in hiesigen Kartenschränken aufbewahrten Rissblättern. Die Stellungnahme basiert daher hinsichtlich des Altbergbaus auf einer unvollständigen Datenbasis. Anhand dieser Datengrundlage wird zum Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Rohstoffsicherung: Durch das Vorhaben sind keine Rohstoffsicherungsflächen betroffen. Aktuelle Betriebe: Es befinden sich keine aktuell unter Bergaufsicht stehenden Betriebe im Planbereich und dessen näherer Umgebung. Gefährdungspotential aus früheren bergbaulichen Tätigkeiten: Im Plangebiet ist meinen Unterlagen zufolge bisher kein Bergbau umgegangen. Dem Vorhaben stehen aus Sicht der Bergbehörde keine Sachverhalte entgegen.</p> <p>Kampfmittelräumdienst Die Auswertung der beim Kampfmittelräumdienst vorliegenden Kriegsluftbilder hat ergeben, dass sich das im Lageplan näher bezeichnete Gelände in einem Bombenabwurfgebiet befindet. Vom Vorhandensein von</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>			
					X	X

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
Regierungspräsidium Darmstadt Wilhelminenstraße 1-3 64283 Darmstadt		<p>Kampfmitteln auf solchen Flächen muss grundsätzlich ausgegangen werden. In den Bereichen, in denen durch Nachkriegsbebauungen bereits bodeneingreifende Baumaßnahmen bis zu einer Tiefe von mind. 5 Metern durchgeführt wurden, sind keine Kampfmittelräummaßnahmen notwendig. Bei allen anderen Flächen ist eine systematische Überprüfung (Sondieren auf Kampfmittel, ggf. nach Abtrag des Oberbodens) vor Beginn der geplanten Bauarbeiten und Baugrunduntersuchungen auf den Grundstücksflächen erforderlich, auf denen bodeneingreifende Maßnahmen stattfinden. Hierbei soll grundsätzlich eine EDV-gestützte Datenaufnahme erfolgen. Sofern die Fläche nicht sondierfähig sein sollte (z.B. wg. Auffüllungen, Versiegelungen oder sonstigen magnetischen Anomalien), sind aus Sicherheitsgründen weitere Kampfmittelräummaßnahmen vor bodeneingreifenden Bauarbeiten erforderlich. Es ist dann notwendig, einen evtl. vorgesehenen Baugrubenverbau (Spundwand, Berliner Verbau usw.) durch Sondierungsbohrungen in der Verbauachse abzusichern. Sofern eine sondierfähige Messebene vorliegt, sollen die Erdaushubarbeiten mit einer Flächensondierung begleitet werden. Zu Ihrer eigenen Sicherheit sollten Sie sich bescheinigen lassen, dass die Kampfmittelräumarbeiten nach dem neuesten Stand der Technik durchgeführt wurden. Der Bescheinigung ist ein Lageplan beizufügen, auf dem die untersuchten Flächen dokumentiert sind. Weiterhin ist das verwendete Detektionsverfahren anzugeben. Für die Dokumentation der Räumdaten beim Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen wurde das Datenmodul KMIS-R entwickelt. Wir bitten Sie, bei der Beauftragung des Dienstleisters auf die Verwendung des Datenmoduls KMIS-R hinzuweisen. Hierfür ist es erforderlich, dass die überprüften und geräumten Flächen örtlich mit den Gauß-Krüger-Koordinaten eingemessen werden. Wir bitten Sie nach Abschluss der Arbeiten um Übersendung des Lageplans und der KMIS-R-Datei, welche Sie durch die von Ihnen beauftragte Fachfirma erhalten. Das Datenmodul KMIS-R können Sie kostenlos von der nachstehenden Internetseite des Kampfmittelräumdienstes downloaden: http://www.rp-darmstadt.hessen.de</p>	Die Ausführungen bzgl. der Belange des Bodenschutzes werden zum Anlass genommen, in den Bebauungsplan textliche Hinweise bzgl. der Mitteilungspflicht gemäß § 4 Abs. 1 Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz aufzunehmen und die Begründung hinsichtlich der vorliegenden Erkenntnisse zur Sanierung des Plangebietes zu ergänzen.			

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.
		<p>(Sicherheit und Ordnung, Gefahrenabwehr, Kampfmittelräumdienst) Die Kosten für die Kampfmittelräumung (Aufsuchen, Bergen, Zwischenlagern) sind vom Antragsteller/ Antragstellerin, Interessenten/ Interessentin oder sonstigen Berechtigten (z.B. Eigentümer/ Eigentümerin, Investor/ Investorin) zu tragen. Die genannten Arbeiten sind daher von diesen selbst bei einer Fachfirma in Auftrag zu geben und zu bezahlen. Für die Dokumentation der durchgeführten Kampfmittelräumung werden die örtlichen Gauß-Krüger-Koordinaten benötigt. Bei der Angebotseinholung oder der Beauftragung einer Fachfirma bitte ich immer das v. g. Aktenzeichen anzugeben und eine Kopie dieser Stellungnahme beizufügen. Als Anlage übersende ich Ihnen die Allgemeinen Bestimmungen für die Kampfmittelräumung im Lande Hessen. Da Kampfmittelräumarbeiten im Voraus schwer zu berechnen sind, halte ich die Abrechnung der Leistungen nach tatsächlichem Aufwand für unumgänglich. Dies ist in jedem Falle Voraussetzung für eine positive Rechnungsprüfung zum Zwecke der Kostenerstattung durch den Bund gem. Nr. 3. der Allgemeinen Bestimmungen für die Kampfmittelräumung. Eine Kopie des Auftrages bitte ich mir zur Kenntnisnahme zuzusenden. Den Abtransport - ggf. auch die Entschärfung - und die Vernichtung der gefundenen Kampfmittel wird das Land Hessen – Kampfmittelräumdienst - weiterhin auf eigene Kosten übernehmen. Sie werden gebeten, diese Stellungnahme in allen Schritten des Bauleitverfahrens zu verwenden, sofern sich keine wesentlichen Flächenänderungen ergeben.</p>	<p>Die Empfehlung wird zur Kenntnis genommen und Bauherren mitgeteilt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausführungen werden zum Anlass genommen, die Begründung diesbezüglich zu ergänzen.</p> <p>Die Stellungnahme wird insgesamt zur Kenntnis genommen. Die Hinweise, Empfehlungen und Ausführungen werden teilweise aufgegriffen.</p>			X

Öffentlichkeit	Datum / Rücklauf	Anregungen, Bedenken, Hinweise	Auswertung	Auswirkungen		
				Plan	Textf.	Begr.

Ohne Anregungen, Bedenken, Hinweise:

- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, Schreiben vom 01.06.2015
- DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus, 63225 Langen, Schreiben vom 23.06.2015
- Avacon AG Prozesssteuerung - DGP, Watenstedter Weg 75, 38229 Salzgitter, Schreiben vom 28.05.2015
- EVO AG, Energieversorgung Offenbach AG, Andrestr. 71, 63067 Offenbach, Schreiben vom 09.06.2015
- Gas-Union GmbH, NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Solmsstraße 38, 60486 Frankfurt, Schreiben vom 28.05.2015
- Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Hindenburgstr. 1, 64295 Darmstadt, Schreiben vom 12.06.2015
- Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement, Postfach 100763, 64207 Darmstadt, Schreiben vom 22.05.2015
- Hessisches Baumanagement, Gräfstraße 97, 60487 Frankfurt am Main, Schreiben vom 17.06.2015
- Hochtaunuskreis – Der Kreisausschuss, Fachbereich Ländlicher Raum, Landratsamt, Ludwig-Erhard-Anlage 1-5, 61352 Bad Homburg, Schreiben vom 30.06.2015
- IHK Offenbach am Main, Frankfurter Straße 90, 63067 Offenbach, Schreiben vom 08.06.2015
- Kreishandwerkerschaft, Markwaldstr. 11, 63076 Offenbach, Schreiben vom 27.05.2015
- Hessen Archäologie, Archäologische und Paläontologische Denkmalpflege, Archäologieservice, Dezentrales Archäologisches Landesmuseum, Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Ida-Rhodes-Str. 1, 64295 Darmstadt, Schreiben vom 27.05.2015
- Landessportbund Hessen e.V., Geschäftsbereich Sportinfrastruktur, Otto-Fleck-Schneise 4, 60528 Frankfurt, Schreiben vom 02.07.2015
- Untere Denkmalschutzbehörde, Berliner Str. 60, 63065 Offenbach, Schreiben vom 10.06.2015
- Stadtgesundheitsamt Offenbach (Amt 53), Hygiene, Infektionsschutz und Umwelt, Trinkwasser, Berliner Str. 60, 63065 Offenbach, Schreiben vom 09.06.2015
- Sozialamt Offenbach (Amt 81), Sozialplanung, Berliner Str. 60, 63065 Offenbach, Schreiben vom 26.05.2015
- NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Solmsstraße 38, 60486 Frankfurt am Main, Schreiben vom 28.05.2015
- Polizeipräsidium Südhessen, Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle, Stadthof 16/ 17, 63065 Offenbach, Schreiben vom 11.06.2015
- Regionalverband FrankfurtRheinMain, Poststraße 16, 60329 Frankfurt, Schreiben vom 11.06.2015
- RMV Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Alte Bleiche 5, 65704 Hofheim am Taunus, Schreiben vom 01.06.2015
- TenneT TSO GmbH, Luitpoldstraße 51, 96052 Bamberg, Schreiben vom 11.06.2015
- ZWO Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Am Wasserwerk 1, 63110 Rodgau, Schreiben vom 29.06.2015